

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

An die Verbandsmitglieder!

Kolleginnen und Kollegen! Drückendste wirtschaftliche Not und schwerste politische Erschütterungen lasten seit Jahr und Tag auf dem schaffenden deutschen Volke. In allen diesen Stürmen hat sich unsere Organisation, getragen von der stets opferbereiten Ueberzeugungstreue ihrer Mitglieder, gut behauptet. Mit Stolz dürfen wir erklären:

Der G.-V. steht fest, seine Kampfkraft bleibt ungebrochen!

Erst jetzt wiederum, als es galt, den unerhörten Angriff auf die Löhne der Gemeindearbeiter zurückzuweisen, hat unser Verband unter den schwierigsten Voraussetzungen bei den zentralen Verhandlungen mit Zähigkeit und beachtenswertem Erfolge die Interessen dieses Teiles seiner Mitglieder verteidigt.

Neue Kämpfe stehen bevor! Ein reaktionäres Unternehmertum erblickt trotz der bisher gemachten entgegengesetzten Erfahrungen nach wie vor den einzigen Ausweg aus der Krise im Abbau der Löhne und Gehälter und in der Verkümmern unserer Sozialpolitik.

Dazu wird ein haßerfüllter Kampf gegen die Demokratie geführt. Man schreit über „marxistische Mißwirtschaft“ und verlangt nebenher Reichshilfe für die bankrotten Banken und Betriebe der Großindustrie und Großlandwirtschaft. Die Weltkrise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren üblen Begleiterscheinungen der Massenarbeitslosigkeit und Massennot, der wachsenden Defizite in den Haushalten des Reiches, der Länder und Gemeinden, der Korruptionsskandale usw., werden absichtsvoll in ein „Versagen des demokratischen Systems“ umgelogen. Das Ziel dieser demagogischen Agitation ist die Zerstörung der staatspolitischen Grundlagen für jede selbständige Arbeitnehmerbewegung.

Helfer und Förderer dieser reaktionären Machinationen sind, bewußt oder unbewußt, die Kommunisten, die durch ihre RGO.-Gründungen an der Geschlossenheit und Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu rütteln versuchen. Durch ihr Bündnis mit dem Hakenkreuz, dem Stahlhelm, den kaiserlichen Generalen, den Hohenzollernprinzen und dem von den Herren Hugenberg und Dingeldey kommandierten reaktionären kapitalistischen Interessentenhaufen beim Stahlhelmvolktsentscheid in Preußen, hat sich die KPD. mitsamt ihrer RGO.-Agitationsfiliale eigenhändig an den Schandpfahl des Hochverrats an den Arbeitnehmern gebunden. „Sowjetstern am Stahlhelm“ der Herren Seldte und Düsterberg! Jeder klassenbewußte Arbeiter muß sich mit Empörung und Abscheu von einer Partei und ihren Hilfsorganisationen abwenden, die, wie die KPD. am 9. August d. J. beim Volktsentscheid, ihre Anhänger skrupellos der faschistischen Reaktion als Hilfstruppen ausgeliefert hat. Angesichts dieser Gesamtsituation und im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände öffentlicher Betriebe, kann uns die kommende Zeit jeden Tag vor neue folgenschwere Entscheidungen stellen. Darauf haben wir uns vorzubereiten. Der Verbandsvorstand hat deshalb

eine grosse Werbeaktion

beschlossen, die sich über das ganze Reich erstrecken und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 unter der Parole:

700 000 greifen an – Stärkt unsere Kampffront! Hinein in den Gesamt-Verband! durchgeführt werden soll.

Zur Unterstützung dieser Werbeaktion rufen wir die gesamte Verbandsmitgliedschaft auf. Wir können nicht länger dulden, daß uns ein großes Heer unorganisierter Berufskollegen bei der Durchführung des gewerkschaftlichen Tageskampfes hemmend im Wege steht. Die Betriebe unseres Organisationsgebietes müssen von diesem Ballast befreit werden. Rücksichtsloser Kampf sei jenen Elementen angesagt, die auf Geheiß der KPD.-Zentrale zum Gaudium aller Scharfmacher im Unternehmerlager die Spaltung der Gewerkschaften betreiben, zur Beitragssperre auffordern, und so in einer Zeit des schwersten Abwehrkampfes, den die deutsche Arbeiterklasse jemals zu bestehen hatte, zum Verräter an ihren kämpfenden Klassengenossen werden. Jedes Verbandsmitglied werde zum leidenschaftlichen Verteidiger der gewerkschaftlichen Einigkeit und Geschlossenheit unserer Berufskollegenschaft! Wer nicht für euch ist, ist gegen euch! Klärt die Unwissenden und Unorganisierten auf! Bekämpft das scheinrevolutionäre Maulheldentum der RGO.-Leute und Hakenkreuzjünger, das im umgekehrten Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Können und ihren positiven Leistungen steht!

Mitglieder des Gesamt-Verbandes! Jeder einzelne von euch muß zum Werber für unsere gemeinsame Sache werden. Mit allen Kräften frisch ans Werk! Keiner bleibe zurück! Greift an, ihr 700 000!

Vorwärts für den Gesamt-Verband! Der Verbandsvorstand,

Vom Frankfurter Gewerkschaftskongress

E. D. Frankfurt a. M., den 5. September 1931.

Mit einer großen Kundgebung unter Mitwirkung der Frankfurter organisierten Arbeiterschaft feiert das Gewerkschaftsparlament am Sonntag vormittag ein. Auf dem Gelände vor der riesigen Frankfurter Festhalle wurde diese Kundgebung vom Frankfurter Gewerkschaftssekretär Misbach eröffnet. Kollege Egger t vom Bundesvorstand weist in knapper Rede darauf hin, daß die Feinde der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig sich besonders stark betätigen, weil sie in uns die schärfsten Gegner des kapitalistischen Wirtschaftssystems sehen. Dieses System trägt die Schuld, daß allein in Deutschland weit über vier Millionen Menschen arbeitslos geworden sind. Ein Mißverhältnis zwischen Konsumkraft und Gütererzeugung offenbart sich hier, das nicht nur widersinnig ist vom Standpunkt einer geordneten Volkswirtschaft, sondern auch unmenschlich wirkt durch seine Tragik für die davon betroffenen Menschen. Dieser Gewerkschaftskongress soll die Ursachen prüfen, die zu einer solchen Verschärfung der Weltkrise geführt haben.

Schonungslos muß auch die Schuld der sogenannten Wirtschaftsführer aufgedeckt werden, deren Verhalten die Katastrophe gewaltig verstärkt hat. Gewiß hat die deutsche Wirtschaft die Reparationslasten zu tragen, aber nicht minder leidet sie unter dem völlig falschen System, das Großindustrie und Großbanken eingeschlagen haben. Darum muß der Gewerkschaftskongress seine Anklagen erheben. Trotz aller Schwierigkeiten kann die deutsche Gewerkschaftswelt nicht verzagen, sondern sie muß kampfbereit bleiben. Vor allem erhebt sie Protest gegen den Lohn- und Gehaltsabbau, der sich volkswirtschaftlich zu einer noch größeren Verschärfung der Krise auswachsen muß. Die Gewerkschaften streben die internationale Zusammenarbeit an. Sie vertrauen auf den Willen und die Kraft der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt. Sie treten ein für die Verständigung der Völker zum Frieden und zum Sozialismus.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, überbringt die Grüße von 26 Ländern mit 14 Millionen organisierter Arbeiter. Er weist darauf hin, daß heute noch eine kleine Minderheit von Finanzgewaltigen und Industriellen die Tendenzen der Wirtschaft bestimmt. Dem steht das Riesenheer von Menschen gegenüber, die einen unzureichenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben. In dem Ringen der Masse gegen die Privilegierten stehen die deutschen Gewerkschaften als Vorhut des Kampfes. So werden auch von diesem Kongress wesentliche Entscheidungen abhängen.

Für den österreichischen Gewerkschaftsbund spricht dann deren Vorsitzender Schorsch. Der gewaltige Aufschwung der Industrie in den letzten Jahrzehnten ist im wesentlichen auf die Kaufkraft der Massen zurückzuführen. Darum ist ein Lohn- und Gehaltsabbau auch vom Standpunkte der kapitalistischen Volkswirtschaft ein Widerspruch. Die Krise wird dadurch nur verschärft und verlängert. Wir kämpfen gegen dieses System an.

Massengesänge und Musikvorträge bildeten den Abschluß der Feier. Ein Demonstrationzug mit 10 000 bis 12 000 Menschen marschierte alsdann durch die Stadt. Es war eigentlich schade, daß die Veranstaltung des 6. Deutschen Jugendtages bereits eine Woche vorher in Frankfurt a. M. stattfand, denn an diesem Sonntage hätten die Jungen wie die Alten gemeinschaftlich demonstrieren sollen, um so die enge Verbundenheit der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung zwischen der jüngeren und der älteren Generation erneut und eindringlich zu dokumentieren.

Eröffnung und Begrüßung der Tagung.

Der Gewerkschaftskongress tagt im großen Saale des Palmengartens, der für diese Zwecke vorzüglich geeignet ist. Am Montag, dem 31. August 1931, kurz nach 9 Uhr, eröffnet Leipart den Kongress mit einer Begrüßungsansprache, worin er insbesondere auf den Gewerkschaftskongress von 1899 hinweist, der ebenfalls in Frankfurt a. M. tagte. Das gab ihm Gelegenheit, eine Anzahl interessanter Parallelen aufzuzeigen von dem gewaltigen Wachsen der Gewerkschaften, ihres Einflusses in Wirtschaft, Staat und Reich. Die Gesetzgebung ist insbesondere in der Nachkriegszeit für uns günstiger geworden, und wenn wir auch gegenwärtig vor außerordentlich bedrückenden Schwierigkeiten stehen infolge der Krise und des Arbeitslosenelends, so brauchen wir deswegen doch nicht zu verzagen, denn unser Wiederaufstieg ist trotz allem in unserem Willen begründet. Leipart kennzeichnet kurz die

hauptsächlichen Aufgaben des Kongresses und verweist auf die völlige Unzulänglichkeit der jetzigen Wirtschaftsführung. Gerade die letzten Monate haben klar erwiesen, daß weder unsere Industrie noch finanzielle Wirtschaftsführung einwandfrei arbeitet. Die Wirtschaft ist das Fundament des deutschen Volkes und damit auch der Arbeiterschaft. Darum müssen die Gewerkschaften diese Wirtschaft mit ihrem Willen durchdringen. Es bleibt das Wort bestehen: „Europa kann nicht mehr nach alten Formeln leben.“ Die Gleichartigkeit der Krisenerscheinung in England und Deutschland muß dazu führen, daß auch die englischen und deutschen Gewerkschaften gemeinsam ganz bestimmte Forderungen aufstellen, um die Widerstände zu brechen, die heute noch gegen eine vernünftige nationale und internationale Wirtschaft bestehen. Der Kongress richtet noch einmal eine ernste Mahnung und Warnung an Regierung und Unternehmer, endlich andere Maßnahmen zu ergreifen, um der großen Masse der Arbeitslosen nicht ungekräft das Glück der Arbeit vorzuenthalten. Aber auch die Herren Hitler und Chälmann möchten nicht vergessen, daß die deutsche Arbeiterschaft kampfbereit und kampfbereit ist. Leipart erinnert an die Zeit des Sozialistengesetzes. Aber die Zeit der gewaltsamen Unterdrückungsversuche der Gewerkschaften ist vorüber; wenn auch noch lange nicht vergessen. Namens aller Mitglieder der Gewerkschaften ist in dieser Situation zu sagen: die Gewerkschaften suchen den Kampf nicht, aber wenn es sein muß, nehmen wir den Kampf auf und werden ihn dann auch führen; führen für das Wohl der deutschen Arbeiterschaft.

Nach den Begrüßungsreden des Frankfurter Gewerkschaftssekretärs Misbach sowie des Bürgermeisters Gräf kam dann der Reichsarbeitsminister Stegerwald ausführlich zu einer Rede, die ein Gemisch von vorsichtigen Erklärungen, etwas unklaren Drohungen und zum Teil guten Willen zeigte, für die Grundforderungen der Gewerkschaften in dieser Zeit sich einzusehen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auf den ausführlichen Bericht verweisen, es lohnt sich immerhin festzustellen, daß Stegerwald von seinem Standpunkt aus eine radikale Rede gehalten hat. Natürlich spielte die finanzielle Notlage das Motto all der Entschuldigungen, die er vorzubringen hatte über die unverständliche Politik der Brüning-Stegerwald-Regierung. Insbesondere behandelte er die Fragen:

1. Was muß seitens der Welt, und was kann seitens Deutschlands geschehen, um eine Befriedung Europas zu sichern?
2. Wie retten wir den Bestand des demokratischen Staates über die jetzigen schwierigen Zeiten hinweg?
3. Wie können wir den Arbeitslosen über den nächsten Winter hinweghelfen?

Auf die Rede Stegerwalds antwortete Leipart mit einer zwar konzilianten, aber doch scharfen Erwiderung. Gewiß ist die Befriedung der Welt eine der Voraussetzungen, für die wir auch energisch eintreten. Aber gerade hier könnte die Regierung sich weit mehr auf die Gewerkschaften verlassen, als umgekehrt. Die deutschen Gewerkschaften waren sich in ihren Forderungen und Forderungen stets ihrer vollen Verantwortung bewußt. Das kann man leider von anderen Volkshereisen nicht immer sagen. Leipart weist insbesondere darauf hin, daß bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit und der 40-Stunden-Woche von Seiten der Regierung bislang so gut wie nichts geschehen ist. Dabei sind nicht nur die Gewerkschaften aller Richtungen, sondern auch alle Sozialpolitiker darin einig, daß Durchführbarkeit und Notwendigkeit der 40-Stunden-Woche in jetziger Zeit das Gegebene sind.

Es folgen noch die Begrüßungsansprachen Schevenels (IGB.), Donau (Internationales Arbeitsamt), Aufhäuser (AsA-Bund), Falkenberg (ADGB.), Bästlein (Konsumvereine) und als letzter Dr. Bachem, der auf die innere Kraft der Arbeiterbank hinweisen konnte, die das Vertrauen der Masse auch in den schweren Wochen der letzten Zeit gerechtfertigt hat.

Hierauf erfolgt die Wahl der Kongressleitung: Leipart, Brandes und Schumann. Es werden die Arbeitskommissionen gewählt, und der Kongress tritt in seine Tagesordnung ein. Den

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

gibt Leipart. Die ungeheure umfassende Tätigkeit des Bundesvorstandes, wie sie sich im Laufe der Nachkriegszeit als notwendig herausgebildet hat, spiegelt sich in diesem Referat treffend wider. Man kann beinahe sagen, würden die RGO-Leute und ihr Anhang es wirklich ernst mit der Gewerkschaftsbewegung meinen, so könnten sie sich diesen eindringlichen Darlegungen nicht

verschieben, und sie könnten ihre gehässigen und verheerenden Methoden nicht länger aufrechterhalten. Was haben sie dieser ungeheuren Tätigkeit gegenüber aufzuweisen? Wenn unsere Kollegen im ausführlichen Bericht sich die Darlegungen Leiparts recht zu eigen machen, so werden sie in der Agitation gute Unterlagen gewinnen. Gewiß ist die Zeit der Erfolge in bezug auf die Lohnverhältnisse nur noch in den beiden ersten Jahren des Geschäftsberichtes festzustellen. Daneben aber mußte fortgesetzt ein planvoller und systematischer Abwehrkampf geführt werden. Wenn im letzten Jahr auch der Lohn- und Gehaltsabbau nicht verhindert werden konnte, so müssen wir uns dabei doch in Erinnerung bringen, wie viele Verschlechterungen trotz alledem abgewehrt werden konnten. Leipart richtete ernste Mahnworte an die Regierenden, den Bogen nicht zu überspannen. Bei den ungeheuren Subventionen und Schutzgöllen, die für Landwirtschaft und andere Kreise vom Reiche hergegeben werden, muß es den Arbeitslosen völlig unverständlich sein, wie man ihre bescheidenen Beträge noch weiter kürzen konnte. Leipart nimmt sich insbesondere auch in seinen Ausführungen der Hausangestellten an, die noch immer des gesetzlichen Schutzes entbehren, obwohl es sich um 1½ Millionen Menschen handelt. Die Hausangestellten müssen dem allgemeinen Arbeiterschutz unterstellt werden. Hierzu hat der ADGB einen besonderen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Mit einigen Sätzen ging Leipart auch auf die Zersplitterungsbestrebungen der kommunistischen Partei ein, die völlig sehlfeschlagen sind. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß bald ein freundlicheres Verhältnis zwischen den Regierungen untereinander angebahnt werde. Die Gewerkschaften waren die ersten, die gegen die ungeheuren Reparationslasten auftraten. Aber es muß auch in allen Kreisen bei uns der Friedenswille festen Fuß fassen.

Die Aussprache zum Geschäftsbericht

setzte mit einer scharfen Stimmung ein, die sich insbesondere gegen die Regierung richtete, als deren Hauptvertreter Stegerwald sehr bald zum Angeklagten wurde. Wenn auch in der Form höflich, so doch in äußerster Schärfe verwiesen die einzelnen Redner auf den Widerspruch der Taten dieser Brüning-Regierung und den Erklärungen Stegerwalds, die er hier zum Ausdruck gebracht hat. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung und der 40-Stunden-Woche hat sich der vorsichtige Adam nicht klar geäußert. Der Reichsernährungsminister Schiele wurde insbesondere recht wirkungsvoll von Georg Schmidt (Landarbeiter) angegriffen wegen der falschen Agrarpolitik der Regierung. Hier werden Hunderte von Millionen vergeblich hinausgeworfen, während für die Arbeiterschaft Abstände durch Notverordnungen erfolgen.

Unser Kollege Schaum verweist auf den ungeheuerlichen Versuch, durch die Notverordnung den Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter außer Kraft zu setzen. Wir haben diesen Anschlag zwar zurückweisen können; dank der Unterstützung von Bundesvorstand und SPD-Fraktion. Von diesen Instanzen muß auch weiterhin alles getan werden, um die Ungerechtigkeiten dieser Notverordnung rückgängig zu machen, da dies nicht ertragen werden kann. Ist das nicht auf gütlichem Wege zu erreichen, so werden wir den unvermeidlichen Kampf bestehen müssen, denn die Kräfte hierfür sind in unserer Organisation vorhanden.

Bemerkenswert und erfreulich ist, daß sich auf diesem Gewerkschaftskongress nicht nur 12 Delegierten befinden, sondern daß sie auch rege in die Diskussion eingriffen.

Die Diskussion ging auch am zweiten Tag mit unverminderter Schärfe weiter. Die eigentlichen Oppositionskritiker des Bundesvorstandes und seiner Taktik Ziegler, Breslau, und Krauß, Stuttgart, hatten freilich wenig Resonanz auf dem Kongress. Auch sie wußten nicht andere Wege vorzuschlagen. Sie erkannten zum Teil die Arbeit des Bundesvorstandes an; forderten aber eine andere Taktik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Parlament. Demgegenüber wies Egger vom Bundesvorstand darauf hin, daß wir mit der Opposition durchaus der Meinung sind, daß keine größere Belastung erfolgen darf. Das Problem lautet aber: Was kommt nach der Regierung Brüning für eine politische Konstellation? Alle unsere Kämpfe wollen den Sturz des kapitalistischen Systems. Wir lehnen jede Verantwortung gegenüber der Agrarpolitik der Brüning-Regierung sowie die Lohnabbauaktionen dieser Regierung ab.

Als letzter Redner konnte Kollege Kurpat, Dresden, in eindringlicher Weise auf die Notlage der Hausangestellten hinweisen, die noch immer nicht der Unfallversicherung unterstehen. In den Heil- und Pflegeanstalten besteht z. T.

auch heute noch eine besondere Arbeitszeitverordnung bis zu 60stündiger Arbeitszeit. Den Angriff auf das Tarifrecht haben wir zwar durch unsere Organisation erfolgreich zurückgeschlagen. Aber wir haben immerhin als kleineres Uebel einen Lohnabzug in Kauf nehmen müssen. Nur fester Zusammenschluß in der Organisation und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung muß unsere Parole sein.

In der ausführlichen Schlussrede wies Leipart darauf hin, daß es ein Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist, wenn Faschismus und Kommunismus ihre verbrecherischen Ziele nicht erreicht haben. Wir haben keine Freude am Bürgerkrieg, aber wir wollen den Klassenkampf der Arbeiterschaft führen. Zu diesem geordneten Klassenkampf die Lage der Arbeiter zu heben und ihn erfolgreich zu Ende zu führen, ruft Leipart die ganze deutsche Arbeiterschaft auf.

Bemerkenswert ist, daß die Entschließung des Bundesvorstandes zum Geschäftsbericht einstimmig angenommen wurde.

Nun beginnt Prof. Lederer (Heidelberg) sein Referat über „Die Umwälzungen der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche.“

Es ist in gegenwärtiger Zeit natürlich außerordentlich schwierig, ein Referat zu gestalten über die Wirtschaft, das einen klaren Hinweis auf Gegenwart und Zukunft gibt und Lösungen der Weltwirtschaftslage bringen soll. Lederer verstand es, mit einer Fülle von Material dem Kongress die Schwierigkeiten der jetzigen Wirtschaftslage aufzuzeigen. Allerdings gab er mehr „Röntgenbilder“ (wie er selbst sagte), die zeigen sollten, wie die technische Entwicklung der Wirtschaft im Kapitalismus sich gestaltet hat. Auf der einen Seite ungeheure Vorräte an Nahrung, Kleidung und anderen Konsumgütern, auf der anderen Seite ungenügender Konsum, weil die Einkommen der Massen des Volkes einen größeren Konsum nicht ermöglichen. Die ungeheure Ueberkapazität (Mehrerleistungsfähigkeit) der deutschen Großindustrie muß ausgefüllt und die ungeheure Fehlinvestition beseitigt werden. Um das zu erreichen, muß eine scharfe Kontrolle der Kredite geschaffen werden. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit durch Krise haben wir die strukturelle Arbeitslosigkeit durch technische Fortschritte, und hier muß das Arbeitsvolumen (die gesamte Arbeit) auf die breite Masse besser verteilt werden durch Arbeitszeitverkürzung. Damit kann immerhin eine Million Arbeitslose eingereicht werden. Schwierig ist in jetziger Zeit freilich die Frage des Lohnausgleiches. Die Ueberwindung der größten Wirtschaftskrisen aller Zeiten muß mit allen Kräften durch die organisierte Arbeiterschaft aller Länder herbeigeführt werden.

Die Aussprache über das Referat Lederers

war sehr lebhaft. Scharfe Anklage gegen das kapitalistische System war das Charakteristikum. Bernhard zeigte für das Baugewerbe die dringende Notwendigkeit, die 40-Stunden-Woche durchzuführen. Ebenso Reichel für die Metallarbeiter. Der Oppositionskrauß reihte sich recht sachlich in die Diskussion ein. Freilich nannte er die Vorschläge des Bundesvorstandes „Dalliationsmittel“, ohne selbst andere Angaben zu machen. Eindringlich schilderte Spliedt den furchtbaren Zustand der Jugend durch die Dauerarbeitslosigkeit. Die schärfsten Töne aber fand Carnow, der meinte, wenn man vom erhöhten Standpunkt einen Blick auf die Weltwirtschaft werfe, erhält man den Eindruck, als wäre der zivilisierte Teil des Erdballs ein einziges Irrenhaus. Dölker hungern bei gefüllten Scheunen. Millionen zittern vor Kälte, während der Bergbau Feuerfächten einlegt und Kohlen auf die Halde schüttet. Baumwolle, Weizen und vieles andere werden planmäßig vernichtet wegen Ueberfluß und zwecks besserer Preisgestaltung. Die Millionen aber darben. Wenn wir uns bei alledem gegen den Zusammenbruch der Wirtschaft wehren, so nur deshalb, weil auch dieser Zusammenbruch noch nicht das Ende des kapitalistischen Systems wäre, sondern die physische Vernichtung von Millionen Arbeitslosen. Redner wirft die Frage auf, ob nicht der ganze internationale Geldkreditmechanismus geändert werden könne. Der Machtwille der Arbeiterklasse kann nicht den Bürgerkrieg und Zusammenbruch wollen, sondern wir müssen den Dölhern begreiflich machen, daß nur die sozialistischen Lösungen aus dieser Krise herausführen.

Faßt stärker noch als das Referat wirkte das Schlusswort Lederers. Er zeigt auf, daß früher wie heute eine schwierige Lage nicht durch eine noch schlimmere künstlich geschaffene überwunden werden kann. Weder Weltkrieg noch Bürgerkrieg bringen eine Lösung. Diese Politik, die auch Hugenberg empfohlen hat, kann nicht befriedigen. Unbegreiflich bleibt im heutigen Staat, daß der Macht- und Interessenstandpunkt der Unternehmer allein aus-

schlaggebend sein soll. Um so mehr müssen sich die Gewerkschaften in der breitesten Öffentlichkeit mit den Wirtschaftsproblemen beschäftigen und eine neue Volksgemeinschaft fördern, die eine Lösung aus dieser schweren Lage bringt.

Die Entscheidung zur Arbeitszeitverkürzung wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

* * *

Damit sind wir zum unverkennbaren Höhepunkt des Frankfurter Kongresses gelangt, dem Referat des Oberbürgermeisters Otto Brauer über:

„Öffentliche und Privatwirtschaft.“

In temperamentvollen Ausführungen, die aber in keiner Weise der Sachlichkeit entbehren, führte der Referent eine scharfe Abwehr gegen die unberechtigten Angriffe auf die kommunale Wirtschaft. In allen Einzelheiten geht Brauer die Scheingründe durch, mit denen von privatkapitalistischer Seite der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft geführt wird. Er weist die unangehörigen Widersprüche auf, die schon darin liegen, daß man sie auf der einen Seite als Konkurrenz und auf der anderen Seite als minderleistungsfähig hinzustellen versucht. Der leidenschaftliche Gegenangriff Brauers brachte den Kongreß zu einer Resonanz für den Redner wie selten auf einer Tagung. Brauer zeigte, daß die maßlose Begeisterung der öffentlichen Wirtschaft politische Hintergründe hat. Man möchte die Volkswirtschaften, die in der Vorkriegszeit das allgemeine Wahlrecht in den Stadtparlamenten nicht hatten, weiterhin wenigstens in wirtschaftlicher Ohnmacht erhalten und von jeglicher Wirtschaftsführung, sei es auch nur ehrenamtlich, ausschließen. In der jetzigen Zeit muß jeder erkennen, daß nicht nur die öffentlichen Betriebe, sondern auch die gesamte Selbstverwaltung in größter Gefahr sind. Vorbedingung eines demokratischen Volksstaates ist aber die reifliche Erhaltung der Selbstverwaltung. Klar und unzweideutig weist B. darauf hin, daß Wirtschaftsdemokratie und öffentliche Wirtschaft zusammenhängen und weisen in der Richtung zum Sozialismus. Politische Demokratie allein genügt uns nicht. Sie wird erst fundiert durch Demokratisierung der Wirtschaft. Ein Teil der Entwicklung aber ist der öffentliche Betrieb. Die Reaktion im Bunde mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt will gemeindliche Betriebe zerschlagen. Hier muß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund einsehen in seinem Kampf für die öffentliche Wirtschaft, denn es geht um Sein oder Nichtsein der Gemeinwirtschaft. In kurzen Intervallen unterstreicht der Kongreß mit stürmischem Beifall diese Kampfanzeige gegen Privatunternehmertum und Reaktion. Da das Referat durch einstimmigen Beschluß des Kongresses in Massenaufgabe erscheinen soll, erwarten wir von allen unseren Mitgliedern, daß sie es studieren und sich diese Gedanken zu eigen machen.

Wir greifen darum nur noch heraus den scharfgeführten Nachweis, daß kommunale Betriebe soziale Musterbetriebe sein müssen und vorbildliche Arbeitsbedingungen aufweisen sollen. Die örtlichen Betriebe sollen stets die Spitzenlöhne der Privatindustrie übernehmen und darüber hinaus soziale Verbesserungen bei Urlaub, Krankheit usw. gewähren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Angestellten in Staat und Gemeinden sind für die gesamte Arbeitnehmererschaft von großer Bedeutung. Deshalb muß sich auch die gesamte Arbeitnehmererschaft mehr um die öffentliche Wirtschaft kümmern.

Im Sinne unserer Forderungen äußerte sich auch der Redner über die Ferngasversorgung, die möglichst von Gruppen-Gas-Werken der großen Städte, nicht aber von der monopolistischen Ruhrindustrie geschaffen werden soll.

Der Redner geht dann zu scharfen Angriffen gegen die Privatwirtschaft über. Der Privatunternehmer streicht wohl die Gewinne aus Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit ein, aber die Unterstützung freigesetzter Arbeitskräfte sollen dann Reich, Staat und Gemeinden übernehmen. Dieser Widerstand schwindet erst, wenn im Produktionsprozeß die öffentlichen Unternehmungen in der Mehrzahl sind. Der Mensch gehört wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft und nicht die Maschine oder der Profit. Es gilt das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren aus der Privatwirtschaft in die öffentliche Sphäre zu verlegen.

Nach dem lang anhaltenden stürmischen Beifall fiel es unserem Kollegen Polenske nicht ganz leicht, sich durch die größere Unruhe hindurchzukämpfen. Er zeigte an Hand von Einzelmaterial, daß in kommunalen Betrieben keine Mißwirtschaft herrscht, daß auch ihr Kredit bis zu dem gewaltigen Eingriff Dr. Schmidts im In- und Auslande groß war. Scharf wendet sich Kollege P. auch gegen die Notverordnungen, die unsere tariflichen Rechte einzuschränken versuchen.

Neben einer Anzahl anderer Diskussionsredner, die ebenfalls im Sinne des Referenten sprechen, verweist Kollege Lengensdorf, daß wir gesetzlichen Schutz gegen förmliche Ausplünderungsversuche des Privatkapitals haben müßten. Zu guter Letzt wird der Kampf um die öffentlichen Betriebe von der politischen und wirtschaftlichen Kraft der Arbeiterklasse entschieden. Interessant waren auch die Darlegungen vom Vorsitzenden des Bauwerksbundes, Bernhard, der den Segen des gemeindlichen Wohnungsbauwesens für die Arbeiterklasse feststellt. Die Privatwirtschaft hat das Wohnungselend früherer Zeiten verschuldet. Die Gemeinden müssen noch mehr dazu übergehen, ihre Bauarbeiten in eigener Regie durchzuführen, ebenso muß die Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden weitergeführt werden.

Prießel vom Musikerverband fordert kategorisch die Fortsetzung der Kulturarbeit der Gemeinden. Werden die öffentlichen Theaterbetriebe usw. in Privatbetriebe umgewandelt, so werden sie dem Einfluß der Arbeiterklasse entzogen. Will man sparen, so sollen die Riesengagen der Prominenten gemindert werden.

Im Schlußwort stellt Brauer fest, daß das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages nur eine Notmaßnahme sei, die nicht für eine längere Zeit Geltung haben dürfte. Die ganze Sparpolitik der Zeit hat die außerordentlichsten Bedenken. Denn wenn wir die Straßen verfallen lassen, dann vergeuden wir geradezu öffentliche Mittel, weil die spätere Wiederherstellung um so teurer und schwieriger wird. Theater- und Kulturbetriebe der Gemeinden müssen soweit irgend möglich aufrechterhalten bleiben. Wollen wir den sozialen Volksstaat und demokratischen Volksstaat, so geht das nicht ohne Selbstverwaltung und größtmögliche Ausdehnung der öffentlichen Betriebe.

Die Entscheidung zur öffentlichen Wirtschaft wird einstimmig angenommen. Ebenso die Ergänzung des Bauwerksbundes für die Belebung des Baumarktes.

* * *

Am Nachmittag des 3. September 1931 fuhr den Delegierten des Gewerkschaftskongresses nach Mainz zu einer Massenkundgebung in der Stadthalle. Mehr denn 5000 Menschen füllten den gewaltigen Raum. Es mußte noch ein weiterer Saal für die Veranstaltung hinzugenommen werden. Unter dem Jubel der Anwesenden zogen die Fahnenkompagnien der sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugend, der Turner, Sportler, der SPD., des Reichsbanners und der Gewerkschaftsgruppen in den Saal. Auch die Kindergruppen unserer Kinderfreunde waren in stattlicher Zahl erschienen. Es war ein bunt bewegtes Bild. Unter dem Jubel der 5000 vollzog sich dieser Einmarsch, der alle Teilnehmer wohl auf das tiefste berührte.

Namens des Ortsausschusses des ADGB begrüßte Wilhelm Thomas die Delegierten und Gäste. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Gewerkschaften die Träger des Derständigenswillems mit Frankreich sind und daß sie die ersten waren, die mit ganzer Kraft für die Befreiung der besetzten Gebiete eingetreten sind.

Dann entbot Staatspräsident Dr. Adenauer namens der heftigen Regierung den herzlichsten Gruß und Willkommen auch als Gewerkschaftskollege, der über 36 Jahre ununterbrochen in seiner Gewerkschaft organisiert ist.

In französischer Sprache hielt Jouhaux (Paris) seine Begrüßungsrede mit temperamentvollem Elan. Der Rhein ist keine Trennungsgrenze, sondern er ist uns ein einigendes Band für die französischen und deutschen Arbeiter. Sie haben den gemeinsamen Feind Kapitalismus und die gemeinsame Hoffnung, ihn zu überwinden zum Segen der ganzen Menschheit. Die französische Arbeiterchaft weiß sich aber auch einig im Kampfe gegen den Faschismus und die Reaktion.

Namens der Stadt Mainz begrüßt Bürgermeister Dr. Kraus die Erschienenen.

Nach weiteren Reden von Grafmann, Schevenels und Leipart endete diese Kundgebung mit dem Gesang der „Internationale“.

* * *

Ueber „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ referierte am 3. September 1931 Körpel vom Bundesvorstand. Die überaus gründlichen, scharfen und sachgemäßen Ausführungen Körpels bitten wir im ausführenden Bericht in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ recht eingehend zu studieren. In scharfer Definition weist Redner darauf hin, daß der heutige Zustand, die Parität im Arbeitsrecht, eigentlich Gleichstellung der wenigen Unternehmer mit 20 Millionen Arbeitern bedeutet. Bei allem Wert des kollektiven Arbeitsrechts ist das seine große Schwäche. Ein endgültiges Tarifrecht zu schaffen ist in gegen-

wärtiger Zeit nicht gerade aussichtsreich. Jedenfalls müssen die Gewerkschaften die beschleunigte Zurücknahme solcher Bestimmungen in der Notverordnung kategorisch verlangen, die eine Auflockerung des Tarifrechts oder gar eine Einschränkung der Allgemeinverbindlicherklärung bedeutet. Die anerkennenswerte Tätigkeit der Betriebsräte muß von uns gewürdigt werden.

Dr. Bröder vom Bundesvorstand verweist eindringlich darauf, daß Sozialversicherung für uns nicht Fürsorge, sondern Sozialpflicht der Gesellschaft ist. Durch die Notverordnungen hat die Staatsbürokratie der Verwaltungsbürokratie in die Hand gearbeitet. Wenn man sparen will, so könnte längst eine organisierte Krankenkassenreform durch Zusammenlegung erfolgt sein. Wir brauchen große einheitliche Versicherungsträger, die dem Reichsarbeitsministerium unterstellt werden. — Schliecher, Holzarbeiter, Berlin, hält die Tariffähigkeit der Innungen für sehr zweifelhaft. Apich, Eisenbahner, wendet sich gegen die Erschwerung der Allgemeinverbindlicherklärung von Schiedsprüchen. — Unser Tarifsekretär Paul Schulz fordert einen Mindesturlaub für alle Arbeitergruppen. Der Achtstundentag muß unter allen Umständen als höchstarbeitszeit durchgeführt werden, um die 40-Stunden-Woche vorzubereiten. Ziegler, Breslau, von der Opposition äußert sich gegen die Verbindlicherklärung der Schiedsprüche. Die Arbeiter haben im bürgerlichen Staat nur soviel Recht, als sie sich durch ihre Organisation als Macht zu erobern vermögen. Im knappen Schlußwort verweist Körpel darauf, daß die Reichsregierung im Herbst neue Vorschläge für den Umbau der Sozialversicherung herausbringen will. Aus der Fülle neuer Ideen, die in der Diskussion zum Ausdruck kamen, muß sich ein neuer Auftakt für die Erringung des kollektiven Arbeitsrechtes ergeben.

* * *

Zunächst wird noch eine Anzahl kleiner Anträge erledigt, alsdann erfolgt die Bekanntgabe der Wahlen zum Bundesvorstand. Die Kollegen Kroll, Kube und Müller-Lichtenberg scheiden demnächst aus wegen Ueberalterung. Von 307 Delegierten beteiligten sich an der Wahl 285. Es wurden gewählt:

1. Vorsitzender Leipart (276 Stimmen), Stellvertretende Vorsitzende: Graßmann (250 Stimmen) und Wilhelm Eggert (275 Stimmen), Redakteur Paul Umbreit (284 Stimmen), Sekretäre: Hermann Schlimme, Gesamt-Verband (283 Stimmen) und Franz Spiedt (279 Stimmen).

Als Beisitzer wurden gewählt: Otto Becker, Gesamt-Verband (271 Stimmen), Bernhard, Bauarbeiter (284 Stimmen), Bruns, Fabrikarbeiter (277 Stimmen), Janschek, Bergarbeiter (274 Stimmen), Mahler, Lederarbeiter (271 Stimmen), Reichelt, Metallarbeiter (282 Stimmen), Schrader, Textilarbeiter (280 Stimmen), Carnow, Holzarbeiter (251 Stimmen).

Außerdem erhielten: Schmidt, Landarbeiter (12 Stimmen), Ziegler (1 Stimme). Durch das Ausscheiden des Kollegen Kube bleibt der Posten des Kassierers einstweilen unbesetzt. Er wird in einer späteren Bundesauskunftung gewählt werden.

Wir möchten zu diesem Wahlergebnis unserer Freude dahin Ausdruck verleihen, daß unser Verband nunmehr bei Besoldeten als auch bei den Beisitzern endlich seine Vertretung gefunden hat.

Namens der auswärtigen Gäste sprach noch Kollege Meißner, Schweiz, über die guten Eindrücke, die dieser Kongress für alle Auslandsdelegierten hinterlassen werde.

Alsdann beginnt Alwin Brandes mit seinem Schlußwort, in dem er die seltene Einmütigkeit dieses Kongresses und seiner Beschlüsse feststellt. Scharf wendet er sich gegen die Giftmischerei der Presse im Unternehmerlager gegenüber unserer Tagung. Dabei sind das dieselben Kreise, die dem Frieden von Brest-Litowsk jubelten, der gewissermaßen als Formular für den Versailler Vertrag gedient hat. Wir allein haben ein Recht, uns gegen diesen Friedensvertrag zu wenden. Er gedenkt auch des Wiener Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der eine Solidaritätsbezeugung für das deutsche Volk war. Neben dem Dank an die Presse, insbesondere für die ausführliche und gute Berichterstattung der Frankfurter „Volksstimme“, stellt der Redner fest, daß die Verhandlungen ein Gericht gegen die kapitalistischen Wirtschaftsführer gewesen sind. Tene Kreise versuchten abzulenken durch Angriffe gegen angebliche „marxistische Wirtschaft“. Der Kongress hat dieses betrügerische Spiel zerrissen. Man will den Lebensstandard der Arbeiterschaft noch tiefer herabdrücken, und diese Maßnahmen sind auch von der Brüning-Regierung unterstützt worden. Darum gilt unser Protest nicht nur den Wirtschaftsführern, sondern auch der Brüning-Regierung. Wohl mußten wir

Positionen aufgeben, aber wir haben trotzdem auch Leistungen aufzuweisen. Wir erwarten für die Zukunft von der Regierung, daß sie endlich das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften würdigt. Die Versuche Moskaus, die Gewerkschaften zu zerstören, sind gescheitert, und der Klassenverrat vom 9. August hat gezeigt, wieviel Moskau als Vorspann der Reaktion dient. Auch den Nazis ist der Einbruch in die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht gelungen. Unsere Forderungen bleiben bestehen:

Fort mit der Lohnsenkungspolitik, Ausbau des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes, 40stündige Arbeitswoche, Erhaltung der Sozialversicherung, Befreiung der Gemeinden von unerträglichen Belastungen.

Dieser Kongress soll sein der Hammer zum Schmieden. Sein Schlag soll klingen in Fabrik und Werkstätte, Kontor und Schacht. Wir wirken für eine bessere Wirtschaft und bessere Gesellschaft. Mit einem Hoch auf die deutschen und internationalen Gewerkschaften schließt der Kongress unter dem Gesang:

„Auf Sozialisten, schließt die Reihen!“

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Macdonald ist wegen seines Eingehens einer Koalition mit den Konservativen aus der Labour Party ausgeschlossen und aufgefördert worden, sein Mandat zum Unterhaus niederzulegen.

Durch eine Ueberflutungskatastrophe in China wurden in der Stadt Hankau 163 000 Häuser zerstört, 782 000 Personen sind obdachlos, 250 000 Tote werden geschätzt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung betrug im Durchschnitt des Monats August 134,9 gegen 137,4 im Monat Juli.

Der Reichsbankdiskont ist ab 2. September von 10 auf 8 Proz. und der Lombardfuß von 12 auf 10 Proz. herabgesetzt. Die Gold- und Devisendeckung für die Reichsbanknoten sank auf Grund des größeren Geldbedarfs am Monatssechsten von 41,5 auf 39,3 Proz.

Der Aestetenrat des Preussischen Landtages lehnte am 1. September deutsch-nationale und kommunistische Anträge auf sofortige Einberufung des Landtages ab. Der Landtag tritt danach erst am 13. Oktober zusammen.

Der braunschweigische Minister Franzen ist am 1. September aus der Hitler-Partei ausgetreten, hat am 3. September einer Notverordnung der braunschweigischen Regierung zugestimmt, wonach Braunschweig nur noch durch einen Minister regiert werden darf und ist endgültig aus der Regierung ausgeschieden. Gleichzeitig aus der Nazi-Partei ausgetreten ist der Landtagsabgeordnete Groh.

Die Zollunion Deutschland-Oesterreich ist gescheitert. Der Saager Gerichtshof hat zwar zugunsten Deutschlands aber zum Nachteil Oesterreichs entschieden. Das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 steht angeblich einer Zollunion Oesterreichs mit Deutschland entgegen. — Die Außenminister Schöber und Curtius haben daraufhin im Europa-Ausschuß in Genf erklärt, daß sie die Zollunion nicht weiter betreiben werden.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ ist am 2. September von der Filmprüfstelle zur öffentlichen Aufführung freigegeben worden.

Die Berliner Börse erlebte am 3. September, am Tage der Wiedereröffnung nach siebenwöchiger Schließung, einen schwarzen Tag. Auf allen Gebieten waren die Kurse gegenüber dem letzten Börsentag vom 11. Juli stark gedrückt. Verschiedene führende Werte, u. a. Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerte und Gestürel wurden wegen zu großen Angebots nicht notiert. Auch bei einer großen Anzahl anderer Papiere war das Angebot derart drängend, daß die Abnahme auf 10 Proz. beschränkt werden mußte. Im einzelnen wurde Deutsche Bank mit 75 gegen 100,5 Proz. (am 11. Juli), IG-Farben mit 93 gegen 122 Proz., Siemens mit 103 gegen 140 Proz., Kaliwerke Salzdetfurth mit 135 gegen 177 Proz. und Polypbon mit 80 gegen 108½ Proz. gehandelt. Auffällig waren die verschiedenen Kursrückgänge bei den beiden in der Krise zusammengebrochenen Großbanken, der Dresdner Bank und der Danabank. Während der Kurs der Dresdner Bank von 101 bis auf 47 Proz. fiel, hielt sich der Kurs der Danabank auf 76 Proz. gegen 101¼ Proz. Der Grund für die überraschende Festigkeit des Danakurses liegt darin, daß in den Danatalien in der Zeit vor dem Zusammenbruch große Leerverkäufe erfolgt sind, die jetzt von den Baifspesulanten gedeckt werden müssen. — Auch auf dem Rentenmarkt waren schwere Kursrückgänge zu verzeichnen. Die achtprozentigen Pfandbriefe wurden im Durchschnitt mit 82 bis 84 Proz. gegen rund 100 Proz. am 11. Juli angeboten.

Jugoslawien wieder Verfassungsstaat. Durch einen „Aufstand mein teures Volk“ hat König Alexander am 2. September sein Diktatorregiment aufgegeben und wieder verfassungsmäßige Zustände angeklügelt. Im Frühjahr 1932 soll das Parlament neu gewählt werden.

Der Aestetenrat des Reichstags lehnte am 4. September den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags ab.

Das endgültige Ergebnis des Volkentscheids vom 9. August weist nur 9 793 030 = 36,8 Proz. Ja-Stimmen auf.

Bericht vom 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

Vierter Bundestag des ADGB.

I.
Am Montag, dem 31. August, wurde der Kongress durch den Bundesvorsitzenden Leipart eröffnet. Er erinnerte an das Wort Lassalles von der verdammten Bedürfnislosigkeit. „Es scheint, als ob jetzt alle Welt darauf ausgeht, die deutsche Arbeiterschaft wieder in den Zustand der absoluten Bedürfnislosigkeit zurückzuversetzen. Die Aufgabe des Kongresses wird es sein, den Abwehrkampf dagegen zu unternehmen. Es wird viel von der Not der Wirtschaft geredet, weniger aber von der Not der Arbeiterschaft. Der Kongress wird prüfen, ob die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Volke der Arbeiterschaft in vollem Maße getan hat. Die Wirtschaftsführer haben immer starke Zweifel an ihren Fähigkeiten aufkommen lassen, für den gegenwärtigen Zustand Lehnen die Gewerkschaften jede Mitverantwortung ab. Die Verhandlungen werden ergeben, so wie bisher kann es wirklich nicht mehr weitergehen. Der alte Glaube, daß man der Arbeiterschaft noch Schlimmeres bieten könne, daß sie sich alles gefallen lassen müsse, kann sich eines Tages schwer rächen.“ — Nach Begrüßungsansprachen des ADGB-Bezirkssekretärs Misbach und des Bürgermeisters Gräf nahm das Wort Reichsarbeitsminister Stegerwald:

„Als derzeitiger Arbeitsminister habe ich im letzten Jahre den deutschen Arbeitern allerlei zumuten müssen. Neben Staat und Wirtschaft steht gegenwärtig auch die deutsche Sozialpolitik vor der größten Krise seit ihrem Bestehen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, als ob die Weltkrisis und mit ihr das deutsche Arbeitslosenproblem in kurzer Zeit bewältigt werden könnten. Die Gewerkschaften interessieren natürlich in erster Linie die Fragen der Lohnpolitik, des Tarifwesens, der Sozialversicherung, der Arbeitszeit usw. All diese Dinge hängen jedoch in der Luft, solange nicht Staat und Wirtschaft und ihr Kredit auf festen Grundlagen beruhen. Unserem staatlichen Leben fehlt die Ausgeglichenheit im Innern; wir stehen in politischer, geistiger und organisatorischer Hinsicht noch vor einem unfertigen Staat. Das ist gar nicht anders möglich. Den Arbeitern geht es nicht schnell genug vorwärts; die alten herrschenden Schichten möchten wieder zurück zu dem Zustand von 1914; die Jugend sieht keine Zukunft. Dazu kommen noch die gewaltigen Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des Zahlungsmittelverkehrs. Die erste Aufgabe der nächsten Monate besteht darin, wie bei knapper Gold- und Devisenbasis die Wirtschaft aufrechterhalten und ihr ein wenn auch nur langsamer Antrieb gegeben werden kann. Durch den Krieg und seine Begleitercheinungen sind uns zwischen 100 bis 150 Milliarden Mark entzogen worden. Gegenwärtig stecken in der deutschen Wirtschaft 90 Milliarden Mark Kredite. Die deutsche Wirtschaft hatte in den letzten Jahren neben 2 Milliarden Mark Reparationen noch an 3 Milliarden Mark überhöhte Zinsen aufzubringen. Dazu kommt ein ungeheurer aufgeblähter Verwaltungsapparat. Der Zuschußbedarf zur allgemeinen Verwaltung und zur Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden betrug 1913/14 544 Millionen Mark, 1928/29 1473 Millionen Mark. In Notzeiten sind Gehälter von 300 000 Mk. in der Privatwirtschaft ein großes Volksergebnis. Ich habe der Nominallohnfrage nie eine große Bedeutung beigemessen. Die Auffassung, die in dem Sturm auf die Löhne und Gehälter das Alibi für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ansetzt, lehne ich nachdrücklich ab. — Neben der Sozialversicherung ist noch immer das Schlichtungswesen stark umstritten. Wenn ich aber recht sehe, ist man heute in dieser Frage nicht mehr ganz soweit auseinander, wie noch im letzten Jahre. Ein Verzicht auf staatliche Schlichtung scheint mir ausgeschlossen. Eine gesetzliche Forderung des Schlichtungswesens ist zurzeit nicht beabsichtigt. — Sehr ungünstig sieht es gegenwärtig um die gesetzliche Sozialversicherung. Ich rechne damit, daß sie 1932 ohne die Arbeitslosenversicherung 1 bis 1½ Milliarden Mark weniger Einnahmen haben wird als 1929. Ob mit den seitherigen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Krisensteuer die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinweggebracht werden können, ist noch zweifelhaft. — Deutschland wird im Hinblick auf seine Gold- und Devisenbasis seine Ausfuhr stärker forcieren müssen. Die 40-Stunden-Woche bedeutet aber für viele Betriebe eine ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erschwerung der Ausfuhr. Andererseits gibt es sicher Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit

ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich ist. Hier muß sich endlich die notwendige Rücksichtnahme auf die Arbeitsmarktlage durchsetzen. — Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Im letzten Jahre sind der deutschen Wirtschaft durch Zurückziehung kurzfristiger Auslandsdarlehen, durch Reparationen, an Zinsen für lang- und kurzfristige Auslandschulden und durch Kapitalflucht 6 bis 7 Milliarden Mark entzogen worden. Trotzdem ist von März bis Mitte Juli die Arbeitslosigkeit in Deutschland ständig zurückgegangen. Die deutsche Wirtschaft hat also eine größere Widerstandskraft gezeigt, als angenommen worden war. In den nächsten Wochen müssen alle Mittel angewandt werden, um die Arbeitslosigkeit auf den denkbar niedrigsten Stand herabzudrücken und um die Arbeitslosen ausreichend im nächsten Winter zu versorgen. Es wird bei solcher Sachlage vornehmlich zu prüfen sein:

1. Inwiefern Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können. —
2. Inwiefern periodische Auswechslungen einzelner Betriebsmitglieber mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßiger zu verteilen, ohne daß dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gestört oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte. —
3. Inwiefern eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist. —
4. Ob in den größeren Städten Volkshäuser einzuführen sind. —
5. Inwiefern eine Naturalversorgung zur Einführung gelangen kann.



Die drei Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses

für die Arbeitslosen, die bis 31. März 1932 verfügbar sein müssen, dürften ungefähr 500 Millionen Mark an Mieten verausgabt und die restlichen 1500 Millionen Mark zu 80-Proz. für Lebensmittel und Kohlen benötigt werden. Gegenwärtig steht die Sache so, daß der Verbraucher häufig doppelt soviel für Lebensmittel bezahlt, als der Erzeuger erhält. Diese Praxis kann im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden. Die Städte werden Dorkkehrungen treffen müssen, wonach für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu verbilligten Preisen erhältlich sind.“

Nach einigen kritischen Bemerkungen Leiparts zu der Rede Stegerwalds und den bereits an anderer Stelle erwähnten Begrüßungsansprachen erstattete Th. Leipart den

Bericht des Bundesvorstandes.

Das Gesamtergebnis der Lohnkämpfe der letzten Jahre läßt sich dahin zusammenfassen: In den Jahren 1928 und 1929 ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflöhne etwa um 13 Proz. zu verbessern; im Jahre 1930 mußten die übertariflichen Verdienste geopfert werden, und 1931 wurden auch die Tariflöhne um etwa 6 Proz. gekürzt. Gegenwärtig bewegen sich die effektiven Stundenlöhne ungefähr auf derselben Höhe wie im Jahre 1928, die Wochenverdienste der Beschäftigten sind aber infolge der verkürzten Arbeit fühlbar gesunken. Von den Arbeitgeberern wird nun versucht, die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die verzeiwekste wirtschaftliche Lage Deutschlands verantwortllich zu machen. Das Ergebnis des Wiederaufbaus der Industrie nach der Stabilisierung ist aber, daß die Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Proz. gesteigert wurde, während die Steigerung der Reallohne sich auf etwa 16 Proz. beschränkte. Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört worden ist, so nicht deswegen, weil die Gewerkschaften die Löhne in unverantwortlicher Weise heraufgeschraubt haben, sondern weil die Arbeitgeber sich der wirtschaftlich notwendigen Steigerung kurzfristig widersetzen, so daß die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit blieb. Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerung nicht herabsetzen, ich sage vielmehr, daß dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht in dem Maße ausgehöhlt wurde, wie dies der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ohne erfolgreiche Lohnbewegungen in den Jahren 1925 bis 1929, falls die Löhne auf dem Niveaustand des Jahres 1924 geblieben wären, das Arbeitslosenheer in Deutschland nicht 4 Millionen, sondern viel mehr, vielleicht doppelt soviel gezählt hätte. — Die Reichsregierung entschloß sich, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung nunmehr in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm und ihren starken Einfluß auf die staatlichen Schlichtungsorgane gegen die Gewerkschaften ein-

setzte. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen. Einmal, weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärft und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrt hat.

Überprüfen wir den Ablauf der drei letzten Jahre, so müssen wir zu der Anklage kommen, daß die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt worden sind, je mehr wir uns dem Tiefpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben. Ich erinnere an die Verschlechterungen in der Sozialversicherung, ich erinnere an den Lohnabbau durch den staatlichen Schlichtungsapparat, ich erinnere an das Dreiklassensteuerrecht der Krisensteuer, an die nur notdürftig gemilderte Kopfsteuer. Auf der anderen Seite aber sehen wir, wie eine Fülle von direkten und indirekten Geld- und Kreditsubventionen, Schenkzöllen, steuerlichen Entlastungen und anderen Dergleichen sich auf die übrigen Wirtschaftskreise ergießen: auf die Industrie, auf die Banken, auf das Handwerk, auf den Hausbesitz, auf die Landwirtschaft. Prof. Bonn schätzt die Beträge, die für Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien gegeben werden, auf 838 Millionen Mark, den Milliardenregen, der aus den überhöhten Preisen fließt, die man den Konsumenten abnimmt, auf 2½ Milliarden Mark. Angesichts dieser Riesenbeträge von beinahe 3½ Milliarden Mark ist es erstaunlich, wie die Masse der Arbeitslosen bisher noch immer ruhig geblieben ist. Wie lange aber darf man den Millionen Arbeitslosen diese Ruhe und Besonnenheit noch zumuten? Wann endlich wird die Regierung sich entschließen, von der bisherigen Agrarpolitik abzulassen? Deutschland kann sich in seiner fürchterlichen Lage nicht den Luxus leisten, zurückgebliebene Produktions- und Absatzmethoden künstlich am Leben zu erhalten. Wir müssen dringend verlangen, daß keine Steuermark fernerhin denjenigen zugewendet wird, die sich ihr Brot noch jetzt nach Urväterweise erwerben und dem Fortschritt der Zeit widerstreben, sondern daß sie denen zugeleitet wird, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit und kein Brot erhalten können. — Trotz wiederholter Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mußte das Reich zu erheblichen Zuschüssen und Darlehen herangezogen werden. Um diese Zuschüsse einzuschränken und später ganz auszuschließen, griff die Regierung durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 erheblich in die Arbeitslosenversicherung ein. Noch einmal gelang es unseren von der sozialdemokratischen Fraktion aufs kräftigste unterstützten Bemühungen, durch eine neue Verordnung vom Dezember 1930 einige Erleichterungen zu erzielen, bis dann die unselige Notverordnung vom 5. Juni 1931 erneut einen weiteren gewaltigen Abbau der Leistungen gebracht hat. Es ist bisher nicht gelungen, nennenswerte Änderungen der schikanösen Bestimmungen, die ohne zwingende wirtschaftliche oder finanzielle Gründe in das Gesetz gebracht worden sind, herbeizuführen. Aber die Ungerechtigkeiten dürfen nicht bestehen bleiben.

Die der großen Arbeitslosigkeit entspringenden Finanzschwierigkeiten, die Gefahr des weiteren Steigens der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter und die Tatsache, daß durch die Aussteuerung der langfristigen Erwerbslosen eine starke Verlagerung der Unterstützung aus der Versicherung in die Krisenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtspflege erfolgt, haben in letzter Zeit vielfach zu der grundsätzlichen Forderung geführt, die Arbeitslosenversicherung zu sistieren und mindestens vorübergehend für den gesamten Arbeitslosenschutz wieder zu einer auf der Bedürftigkeitsprüfung aufzubauen allgemeinen Erwerbslosenfürsorge zurückzukehren. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Wirtschaftskrise benutzt wird, das Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung in Deutschland wieder zu vernichten.

Wir haben mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, daß die Krisenfürsorge und die gemeindliche Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden. Unter anteilhafter Belastung von Reich, Ländern und Gemeinden soll diese alle erwerbslosen Arbeitnehmer betreuen, die keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Reichsarbeitslosenfürsorge muß dem jetzigen Zustand ein Ende machen, daß zahlreiche überlastete Gemeinden völlig leistungsunfähig werden und dem Arbeitslosen einen auch nur einigermaßen genügenden Schutz nicht mehr gewähren können. — Zu der weiteren Finanzierung der Versicherung sollten, entsprechend der Belastung aller versicherten Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommenssträger, insbesondere alle höherverdienenden, einschließlich der Beamten, nach Maßgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Für völlig unberechtigt halten wir nach wie vor die Sonderstellung der Landwirtschaft. Im übrigen müssen, solange die Not der großen Arbeitslosigkeit andauert, entsprechend öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

In bezug auf die besondere Lage der Arbeiterinnen erscheint es mir erforderlich, über die vielumstrittene Erwerbsarbeit der verheirateten Frau auch hier ein Wort zu sagen. Die Verbitterung in den Reihen der Arbeitslosen und die Furcht der noch in Arbeit Stehenden, gleichfalls in das Meer der Arbeits-

losen zu sinken, hat zu einem Kampf gegen die sogenannten Doppelverdiener geführt. Als Doppelverdiener werden nun vielfach grundsätzlich die verheirateten Frauen angesehen. Häufig ist daraus sogar ein Kampf gegen die Frauennarbeit im allgemeinen entstanden. Wir haben uns dieser Auffassung bisher stets entgegengestellt und müssen sie auch weiterhin bekämpfen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir natürlich auch weiterhin verlangen, daß keine Doppelverdiener beschäftigt werden, daß also bei Entlassungen und Neueinstellungen hierauf Rücksicht genommen wird. Dieser soziale Gesichtspunkt kann aber auch zur Geltung gebracht werden ohne den grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeit der verheirateten Frauen.

Die Bezirksorganisation des Bundes hat sich in den letzten Jahren sehr vorteilhaft eingearbeitet und viel dazu beigetragen, daß trotz der schwierigen Wirtschaftslage der Bestand unserer Bewegung nur wenig erschüttert werden konnte. Das gilt auch gegenüber den Zersplitterungsbestrebungen der kommunistischen Partei. Das Experiment der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, eigene Organisationen aufzuziehen und die kommunistischen Anhänger in der RGO zu sammeln, darf als völlig fehlgeschlagen bezeichnet werden.

Wir Gewerkschaften sind mit die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und in hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die katastrophale Lage nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern hat den Freijahresplan des Präsidenten der USA. entstehen lassen, dessen Durchführung aber nicht das Ende, sondern nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein kann. Denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland nach Ablauf des Freijahres die Reparationen in alter Höhe wieder aufnehmen kann. Wollte man Deutschland etwa dazu zwingen, so wäre das der vorzusehenden Folgen wegen weder wirtschaftlich noch politisch zu verantworten. Darum müssen wir im Interesse der deutschen Arbeiterschaft eindringlich die Forderung erheben, daß während dieses Freijahres ein Weg gesucht und gefunden wird, um endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage beruhende Regelung der Reparationen herbeizuführen. Das ist notwendig nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der wirtschaftlichen Weltkrise.

Die stark ausgedehnte Diskussion zum Bericht des Bundesvorstandes war eine einzige große Anklagerede gegen die kapitalistische Wirtschaft und die Not der Arbeitslosen. Es beteiligten sich an ihr Georg Schmidt (Landarbeiterverband), Reichgräber (Metallarbeiter), Dr. Seelbach (Bundeschule Bernau), Schaum (Gesamt-Verband), Elfe Hiewiera (Textilarbeiterverband), Scheffel (Eisenbahner), Schleichner (Holzarbeiter), Hufemann (Bergarbeiter), Gertrud Hanna (Bundesvorstand), Bremmer (Leipzig), Frau Zammert (Textilarbeiterin), Ziegler (Metallarbeiter), Steinfeldt (Zimmerer), Eckert (Metallarbeiter), Frau Gladosch (Metallarbeiterin), Wagner (Solingen), Thomas (Baugewerksbund), Simon (Schuhmacherverband, Nürnberg), Eggert (Bundesvorstand), Kurpat (Gesamt-Verband, Dresden). — Krauß (Metallarbeiter, Stuttgart), der sich politisch zu der KPD-Opposition rechnet, hielt es hingegen für besser, in der heftigsten Form den Bundesvorstand zu bekräftigen.

Aus den Ausführungen unseres Kollegen Schaum sei kurz wiedergegeben, daß er scharf die Notverordnung vom 5. Juni beilegte, die vor allem den Gemeindeführern übel mißfällt. Durch die Notverordnung werden tarifmäßige Bedingungen außer Kraft gesetzt. Man stellt die Gemeindeführer unter ein Sonderrecht, zu gleicher Zeit werden in der Presse neue Notverordnungen zur Auflockerung der Tarife angekündigt. Dem Bundesvorstand müsse erwartet werden, daß er nichts unterlasse, um die Ungerechtigkeit der Notverordnungen wieder rückgängig zu machen. Gehe es nicht auf gutlichem Wege, dann müsse der offene Kampf gewagt werden.

Kollege Kurpat begrüßte die Einbeziehung des Krankenpflegepersonals in die Unfallversicherung und fordert auch die Unterstellung der Hausangestellten unter die Unfallversicherung. Er kritisiert die Arbeitszeit in den Krankenhäusern und Kliniken, forderte Aufhebung der Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924 und 48-Stunden-Woche für das Pflegepersonal und verurteilte den Eingriff in die Laufzeiten der Verträge bei den Angestellten und Arbeitern der Behörden. Der fundamentale Angriff auf das Lohnniveau der Gemeindeführer sei mit Hilfe der Partei und der Gewerkschaften zum großen Teil abgeschlagen worden, und man habe ein kleineres Übel in Kauf genommen, um das weitaus größere zu vermeiden. Jeder habe die Pflicht, diese Erfolge anzuerkennen, mehr als je müsse heute die Parole lauten: Für Einheit, festen Zusammenschluß, Organisation.

Nach dem kurzen, kernigen Schlußwort des Kollegen Leipart wurden folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. „Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongreß um so mehr Einspruch erheben, als er der seitens Ueberzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind. — Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongreß weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen. — Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte. — Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fesseln unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperschaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.“

2. „Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden. — Der Kongreß beantragt den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

Hierauf folgte das Referat von Professor L e b e r e r über:
**„Die Umwälzung in der Wirtschaft und die Dierzigstundens-
 woche.“**

Die politische Nervosität der Jetztzeit ist eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Das Hineinfluten der politischen Ströme in die Wirtschaft zeigt sich beispielsweise daran, daß Unruhen und Arbeitslosigkeit die Kreditfähigkeit eines Staates verringern. Die Tatsache eines unruhigen inneren Marktes zeigt gleiche Ergebnisse. Man bekommt Mißtrauen gegenüber solchen Wirtschaftskörpern und verwandelt langfristige Kredite in kurzfristige. Die Rückforderung der Kredite ist aber nicht nur katastrophal, sondern auch nicht überall möglich, weil Kredite in den Zweigen der Wirtschaft festgehalten werden. Es ist nicht möglich, bei der internationalen Finanzverflechtung eine Wirtschaft zu schaffen, die unabhängig leben kann von anderen Ländern. Arme Länder würden noch mehr leiden. Es ist unmöglich, daß bei der fortschrittlichen technischen Entwicklung eine Wirtschaft sich erhalten kann, ohne Intensivierung des internationalen Austausches. Die Entlastung der Produktion wird aber gehemmt durch die *Sollsysteme*. Wir dürfen uns durch die Tatsache, daß sich das Kapital organisiert und konzentriert hat, nicht davon abhalten lassen, für die wirtschaftliche und personelle Freiheit mit allen politischen Mitteln zu kämpfen. Die wirtschaftliche Wiederherstellung kann nur durch Förderung der Produktion und der Handelsbeziehungen erreicht werden. Man kann durch Herabsetzung des Diskonts eine Hebung der Produktion ermöglichen. Es ist aber nicht gesagt, daß damit der richtige Weg eingeschlagen ist, weil es heute wenig aussichtsreiche Felder für Kapitalinvestitionen gibt. Wir leiden an einer Ueberkapazität, die die Industriellen warnt, neues Kapital zu investieren, die damit den Abstrom des Geldes aus den Händen der Sparer in die Produktion hindert. Viele Produktionsmittel werden heute nicht produziert, obwohl sie notwendig sind, weil sie aus mangelnder Konsumkraft nicht gekauft werden können. Das gleiche gilt für viele Konsumgüter. Heute können Kapitalinvestitionen nicht wie früher dem Aufbau einer neuen Industrie dienen und durch Erträge wieder realisiert werden. Kapital darf heute nur in ausichtsreichen Industrien investiert werden, Kontrolle der Kredite ist dringende Notwendigkeit. Man sagt, solange keine politische Ruhe herrscht, können keine Kredite gegeben werden; man kann aber auch umgekehrt sagen, daß nicht gegebene Kredite erst Unruhe schaffen. — Wenn wir der Meinung sind, daß Wirtschaft und Geldmarkt international verflochten sind, können wir auch nicht selbstherrlich den Geldwert herabmindern. Um aus der Krise herauszukommen, müssen wir uns mit der Tatsache vertraut machen, daß der Gesundungsprozeß ein langwieriger sein wird. Es wird nicht eine drastische, in wenigen Monaten eintretende merkliche Verbesserung der Lage zu erwarten sein. Es ist nicht zu sagen, ob nach Auf-

füllung des Kapazitätsspielraums (Kapazität = Aufnahmefähigkeit) und bei neuer Kapitalbildung, bei einer Ueberwindung der Krise, alle Arbeitslose wieder im Wirtschaftsprozess Anteil haben. Es wäre aber widersinnig, durch Lohnabbau Arbeitslose in die Produktion einzureihen. Das Tempo der technischen Entwicklung kann rascher als die Kapitalbildung rollen, und es ist der Rahmen für die Einreihung der Arbeitslosen noch nicht gegeben. Der Markt für neue Fertigprodukte läßt sich nur sehr langsam aufbauen, in einem vorbestimmten Tempo, das in die allgemeine Bewegung eingereicht werden müßte. Würde das darauf hinauslaufen, daß man den technischen Fortschritt drosselt? In der Tat ist die Frage der Beschleunigung des technischen Fortschritts eine Frage, die im Interesse der Allgemeinheit geprüft werden muß. Bremsung ist ja noch nicht völliges Ausschalten, und in den verschiedensten Industriezweigen wird das Stoppen der technischen Entwicklung schon praktisch geübt. Für unsere Problemstellung ergibt sich, daß wir so lange mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit durch technische Fortschritte rechnen müssen, solange keine neuen Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind. Das kann sehr lange dauern. Es muß ein Zustand erreicht werden, der das Arbeitsvolumen auf die breiten Massen des Volkes verteilen läßt. Arbeitszeitverkürzung ist zu empfehlen, weil dadurch das Sozialprodukt nicht verringert wird, und zahlreiche Industriezweige durch die Intensivierung die Arbeitszeitverkürzung dringend machen. 800 000 Arbeitslose könnten damit wieder eingereicht werden. Der Anteil der Arbeitslosen an der strukturellen Arbeitszeit beträgt ungefähr eine Million Menschen. Er könnte durch verkürzte Arbeitszeit beseitigt werden. Schwierig ist natürlich die Frage des Lohnausgleichs, aber sie muß zurückgehen, wenn man Hunderttausenden wieder Arbeit geben kann. Es ist ein schönes Zeugnis der Solidarität der Arbeiterklasse, daß sie eintritt für Beschränkung des Arbeitsvolumens. Das ist das genaue Gegenteil von kapitalistischer Gesinnung. Es liegt ein höchstehendes ethisches Handeln vor, wenn die Arbeiterklasse die Arbeitszeitverkürzung fordert. Die gewonnene Freizeit muß zur kulturellen Hebung verwandt werden, dem Menschen neben der Arbeit noch andere Lebensinhalte durch Sport, Spiel und wissenschaftliche Arbeit gegeben werden. Es sind gegenüber der entseelten Arbeit Kompensationen. Es sind Gegengewichte, die wichtig sind für den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft, für die die Gewerkschaften den Rahmen schaffen können.

Auch die Diskussion über dieses Referat war sehr ausgedehnt. Die Anklagen, die insbesondere Eggert (Bundesvorstand), Bernhard (Baugewerksbund), Reichel (Metallarbeiter), Spließ (Bundesvorstand), Tarnow (Holzarbeiter) und andere gegen die kapitalistische Mißwirtschaft, die Notverordnung und die Regierung Brüning richteten, waren fast noch schärfer als bei der Aussprache zum Bericht des Bundesvorstandes. Eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche wurde allgemein gefordert.

Spließ insbesondere sagte: Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist die brennendste aller Fragen. Wir stehen vor einer Bereinigung der Wirtschaft. Wir müssen damit rechnen, daß noch Tausende auf die Straße geworfen werden. Grausige Perspektiven tun sich vor uns auf. Soll das fürchterliche Schicksal der Millionen von Arbeitslosen keine Wendung erfahren? Sollen die jugendlichen Arbeitskräfte nie in ihrem Leben das Glück genießen, endlich auch einmal an irgendeiner Arbeitsstätte eine nutz- und fruchtbringende Tätigkeit ausüben zu dürfen? Ein ruchloser Skandal ist es, den Gewerkschaften, die gegen die Hölle der Arbeitslosigkeit ankämpfen, immer nur mit Wenn und Aber und tausend Bedenken zu kommen. Die Reichsregierung ist anscheinend gar nicht geneigt, den schauerlichen Tatsachen Rechnung zu tragen. Ihre Notverordnung ist und bleibt eine Herausforderung. Die Generalregel der Arbeitszeitverkürzung wird durch tausende Drahtverhaue eingesperrt. Die Mehrzahl der Betriebe wird von vornherein praktisch ausgenommen. Anderen Tausenden von Betrieben wird eine Abgeltung der Arbeitszeit durch kleine Zugeständnisse möglich gemacht. Und dann verschanzte sich die Regierung noch hinter dem Reichsrat und verlangt noch obendrein sorgfältige Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch das ist ihr noch nicht genug. Sie ist unerschöpflich in der Erfindung und Aufstöberung von Ausnahmen. Sagen wir es doch recht deutlich: Was hier die Regierung verspricht, ist nichts anderes als weiße Salbe. Uns täuscht man nicht. In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird die Arbeitszeit nicht gekürzt, sie wird erhöht. Die Gemeinden gehen jetzt vielfach wieder von der 44- zur 48-Stunden-Woche über. Die Regierung verwies die Gewerkschaften auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Arbeitgeber sind grundsätzlich gegen die Arbeitszeitverkürzung, nicht, weil sie nicht möglich wäre, sondern aus lohnpolitischen Gründen. Im Reichsarbeitsministerium hat man eine geradezu unheimliche Scheu, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu unternehmen. Man verschleppt die Entscheidung, man drückt sich um jede klare Stellungnahme, weil man Angst vor den Arbeitgebern

Tagungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie schlägt man gegenüber den Gemeinden große Töne an. Man fordert Verantwortlichkeitsgefühl von den Gemeinden. Wir fragen, war dieses Verantwortungsgefühl gegenüber der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke in den letzten Monaten und Jahren bei den ungeheuren Zusammenbrüchen großkapitalistischer Unternehmungen vorhanden? Selbst der Fall Sklarek ist nur ein Zwerg, gemessen an der Luderwirtschaft, wie sie in großen Teilen der Privatwirtschaft betrieben wurde. Wenn die Gemeinden Mißwirtschaft betrieben hätten, dann hätte sich das Ausland nicht nach der Inflation förmlich gedrängt, ihnen Geld zu geben. Die Auffassung Brauers über die Bedeutung der Stellung der Gemeinden für die Lohn- und Arbeitsbedingungen kann von uns nur begrüßt werden. Die Gemeinden müssen in der Behandlung der Arbeiter ein gutes Beispiel geben, wie umgekehrt die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sich immer als Miterhalter öffentlichen Gutes fühlen müssen und nicht nur als Arbeitnehmer schlechthin. Mit Notverordnungen, wie wir sie erlebt haben, unterstützt man allerdings bei den Gemeindefunktionären diese Auffassung nicht.

Haß (Lithograph, Berliner Stadtverordnetenvorsteher): Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft richtet sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, weil die Arbeit der Städte für die Arbeiterschaft der Reaktion ein Dorn im Auge ist. Den Gemeinden ist bei ihrer Arbeit in den letzten Jahren nicht alles gegolten. Da und dort gab es auch, soweit die Personen in Frage kommen, manchen Versager. Im allgemeinen aber ging es vorwärts. Der gemeindliche Wohnungsbau hat ganze Städte entstehen lassen. Für die Schulen wurde viel getan. Vorbildliche Arbeitsverhältnisse wurden in den Gemeindebetrieben geschaffen. Wenn die Gemeinden heute in Schwierigkeiten stecken, so ist daran die öffentliche Wirtschaft wahrhaftig nicht schuld. Hätte man ihnen vor Jahren Bewegungsfreiheit in der Kreditfrage gelassen, dann hätten sie rechtzeitig Vorjorae treffen können. Man hat sie aber förmlich gewaltsam in die Finanzmisere hineingedrängt und jetzt überläßt man sie ihrem Schicksal.

Lengersdorff (Gesamt-Verband): Wir verlangen gesetzlichen Schutz für die öffentlichen Betriebe gegen förmliche Ausplünderungsfeldzüge. Einen solchen Ausplünderungsfeldzug erleben wir jetzt. Es wäre auch der Gedanke zu überlegen, ob nicht ein Gesetz zur Sicherung gegen eine Verschleuderung der öffentlichen Betriebe zu schaffen ist.

Bernhard (Baugewerksbund): Alles in allem sind, wenn man die abbruchreifen Wohnungen in Betracht zieht, 300 000 bis 400 000 Wohnungen notwendig. In diesem Jahre hätten 215 000 Wohnungen geschaffen werden müssen. Ohne öffentliche Mittel können für die Arbeiter keine Wohnungen mit tragbaren Mieten geschaffen werden. Die Gemeinden müssen dazu übergehen, ihre Bauarbeiten in eigener Regie durchzuführen. Die Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden muß ebenfalls unter allen Umständen weitergeführt werden, denn auch sie ist notwendig, wenn billige Wohnungen geschaffen werden sollen.

Priegel (Musikerverband) fordert, daß nicht jetzt unter dem Druck der Verhältnisse die Kulturarbeit der Gemeinden gedrosselt werde. Die Anzeichen mehrten sich, daß öffentliche Theaterbetriebe wieder in Privatbetriebe umgewandelt werden.

Brauer (Schlußwort): Wir müssen unter allen Umständen den Arbeitslosenbeschäftigung aufrechterhalten und wir müssen die Werke der Gemeinden vor der Gefahr der Verschleuderung schützen. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, wie heute so mancher Arbeiter entlassen wird, weil sein Meister keine Arbeitsaufträge mehr von den Gemeinden erhält. Um die Meister und Handwerker aber, die jahrelang trotz der Arbeitsaufträge auf uns herumgehacht haben, tut es mir nicht leid, wenn sie jetzt zu uns kommen und nach Arbeit Ausschau halten. (Sehr richtig!) Was wir jetzt unter dem Druck der Not tun, hat mit Sparsamkeit wahrhaftig nichts zu tun. Im Gegenteil: Wenn wir die Straßen verfallen lassen, dann sparen wir nicht, wir vergeuden öffentliche Mittel. Der Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu verwenden, ist nicht neu und nicht richtig. Mit den Unterstützungsgeldern kann man mehr Menschen über Wasser halten als Arbeiter beschäftigen. Die Theaterbetriebe der Gemeinden müssen selbstverständlich soweit wie möglich aufrechterhalten werden. Ein demokratischer und sozialer Volksstaat ist ohne Selbstverwaltung undenkbar.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Einflusnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen

Körperschaften entspricht ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen. Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mit bedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrosselung zu einer starken Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der gesamten Wirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder der Privatwirtschaft überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht Profitwille sein, sondern Dienstwille an der Gesamtheit. Die soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Beteiligung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrsweesen und die Wohnungswirtschaft. Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsausgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongreß erblickt in der Verstärkung der Einflusnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsbedeckungswirtschaft.

Ebenso einstimmig wurde folgende Entschlieung des Baugewerksbundes angenommen:

„Innerhalb der Aufgaben, die Staat und Kommunen zu erfüllen verpflichtet sind, gehört das Bauwesen zu den wichtigsten Teilen der öffentlichen Wirtschaft. Neben dem Straßenbau und dem Bau und der Unterhaltung von anderen Verkehrsanlagen, dem Bau von Wasser-, Versorgungs-, Licht- und Kraftanlagen, von Kanälen zur Aufnahme von Abwässern und zu sonstigen Zwecken, dem Bau von Schulen, Krankenhäusern, Versorgungs- und Erholungsheimen und von sonstigen der Volksgesundheit und damit dem Volkswohl dienenden Anlagen, ist insbesondere notwendig, das Wohnungs- und Siedlungsweesen durch die öffentliche Hand (Reich, Länder, Gemeinden) nachdrücklich und planmäßig zu fördern. — Der Kongreß protestiert gegen die volksschädigende, durch den Entzug von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drosselung des Wohnungsbauwesens. Die Wohnungsnot ist dadurch zum Dauerzustand geworden, sie wird erneut gesteigert und der Abbruch aller unhygienischer Wohnungen verhindert. Der Zweck des Kleinwohnungsbaus ist, für die arbeitenden Volksschichten gute, gesunde Wohnungen in einem dem Bedarf genügenden Maße zu erschwingbaren Mieten zu beschaffen. Das ist in erster Linie nur möglich durch eine ausreichende und planmäßige Verwendung von Geldern aus der Hauszinssteuer. — Die öffentliche Wirtschaft kann dieser Aufgabe am so leichter gerecht werden, wenn sie sich durch geeignete Maßnahmen (Aufnahme der Eigenproduktion, Anschaffung des privaten Handels) eine Beeinflussung der Kartellpreispolitik der baustoffherzeugenden Industrie erzwingt. — Eine weitere Voraussetzung einer gesunden Wohnungs- und Siedlungspolitik ist billiges Bauland. Der private Grundstücksbesitz darf niemals wieder die Herrschaft über den Wohnungsbau erlangen. Der Kongreß fordert daher von den Gemeinden eine leistungsfähige Bodenvorratswirtschaft und den nachdrücklichsten Kampf gegen den Bodenwucher.“

Unsere Jugend

Unsere Gesamt-Verbands-Jugend marschiert!

Das 1. Bezirksjugendtreffen der FGJ. Brandenburg-Grenzmark am 29. und 30. August 1931 in Landsberg (Warthe), an dem sich über 2000 Jugendkolleginnen und -kollegen aus Stadt und Land beteiligten, gestaltete sich zu einem großen Erfolg für unsere Jugendarbeit in den freien Gewerkschaften. Es war das erstmalig, daß die Jugendkolleginnen und -kollegen unseres Gesamt-Verbandes im Rahmen des gewaltigen Aufmarsches der arbeitenden Jugend mit aufmarschierten, um gemeinsam mit ihren anderen jugendlichen Arbeitsbrüdern und -schwestern zu demonstrieren für die Forderungen der arbeitenden Jugend um Verwirklichung der vom ADGB. aufgestellten Jugendschutzforderungen und um Schutzmaßnahmen von Seiten des Staates für die erwerbslosen Jugendlichen, die am meisten unter dieser Wirtschaftskrise leiden.

Weit über 100 Jugendkolleginnen und -kollegen aus dem Gesamt-Verband versammelten sich am Sonntag, dem 30. August 1931, im festlich geschmückten Saale des „Preußischen Hof“, um gemeinsam mit den erwachsenen Kollegen des Gesamt-Verbandes von Landsberg ihre Jugendkundgebung durchzuführen. Nach dem Einleitungsgefang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ begrüßte im Namen der Ortsverwaltung Landsberg Kollege Jrmischer die Versammelten. Das gleiche tat im Namen der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin und des Bezirks 5 Brandenburg-Grenzmark Kollege R. Schöb.

Hierauf übernahm das Hauptreferat der Jugendkundgebung: „Jugendkollegen vor die Front“ Kollege Klatt von unserer Bezirksverwaltung Brandenburg. Er führte die Bedeutung der freien Gewerkschaften den Jugendlichen vor Augen, indem er ihre Arbeit im Wirtschaftskampf für die Interessen der Arbeiterschaft klar herausstellte. Dann ging er dazu über, die Bedeutung der Großorganisation an Hand des beendeten Kampfes in den Gemeindebetrieben zu schildern. Er wies darauf hin, daß dieser Kampf nicht so beendet worden wäre, wenn nicht der Staat und die Arbeitgeberorganisation von der Stärke unseres Gesamt-Verbandes überzeugt gewesen wären. Gerade dieser Kampf zeige, daß die Jugend in Stadt und Land mehr denn je sich zusammenschließen muß, um im Gesamt-Verband als ihre zuständige Berufsorganisation gemeinsam mit den älteren Kollegen Schulter an Schulter zu kämpfen. Langanhaltender Beifall dankte dem Kollegen Klatt für seine Ausführungen.

Kollege R. Schöb ermahnte die noch in Arbeit stehenden Kollegen, darauf zu achten, daß kein unorganisierter Jugendlicher im Betrieb ist. Das ist gerade jetzt dringend notwendig, wo mit starker Intensität der freiwillige Arbeitsdienst als Allheilmittel gegen die Not empfohlen wird, was aber nur eine verkappte Kafenierung der Jugend ist. Mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung, der freien Gewerkschaftsjugend und des Gesamt-Verbandes sowie mit dem Gesang „Jungvolk, Kameraden...“ schloß diese imposante Jugendkundgebung des Gesamt-Verbandes.

Anschließend fand eine Besichtigung der schönen Gartenanlagen Landsbergs statt. Den Abschluß der allgemeinen Jugendkundgebung bildete der Aufmarsch aller Festteilnehmer in das Stadion Landsberg, wo eine Reihe von Referenten auf die Bedeutung des Tages hinwiesen. Sportliche Darbietungen bildeten den Schluß.

Stimmen aus Kollegenreisen

Optimisten heraus!

Es ist Tatsache: Kranke erkennen meistens ihren Zustand selbst am wenigsten. Schwerkranke sehen noch den Tod nicht, der bereits grinsend an ihrem Lager steht, während Unpäßliche sich schon auf der Totenbahre sehen. Wie im Einzelleben, so geht es auch Staaten und Völkern. Gewiß ist der deutsche Staat in seinen wirtschaftlichen Funktionen schwer erkrankt, und in politischer Hinsicht läßt er sich nicht so wünschen übrig; doch ist die Gefahr noch lange nicht so groß, als daß man für Mutter Germania nun schon den Sarg bestellen müßte. In den letzten kritischen Monaten konnten wir so schön beobachten, wie politische Abenteuerer und feile Skribenten unseren Zustand als hoffnungslos darstellten.

Inflation — Bürgerkrieg — das waren die Gespenster, mit denen sie die Massen erschreckten. Sie alle waren keine Aerzte, die dem kranken Staatskörper ernstlich helfen wollten, im Gegenteil: sie glaubten nur, in dem kommenden Hohwobohu würden ihre Rehren reifen, und sie selbst könnten aus dem allgemeinen Drunter und Drüber als die Retter des Vaterlandes emporsteigen. — Aber Mutter Germania lebt noch und mit ihr die Demokratie. Alle Püffe der Kozis und Nazis haben ihr nicht den Garaus machen können. Wie das Resultat des Volksentscheids aufs schlagendste bewies, liegt der Marxismus noch lange nicht im Sterben, obwohl auch aus unseren Reihen viele bereits während an seinem Lager standen. — Die richtige Diagnose unseres Zustandes hat uns der amerikanische Staatssekretär Stimson gestellt, der schrieb: Ihr Deutschen seid viel zu sehr Pessimisten, Schwarzseher, mehr eingebildete Kranke. Besinnt euch wieder auf eure eigene Kraft und in solchem Selbstvertrauen überwindet ihr auch diese Wirtschaftskrise. — Eine solche krankhafte Vertrauenslosigkeit in den Reihen der Parteigenossen und Gewerkschaftler ist auch mit die größte Gegenwartsnot. Wir müssen uns doch stets wieder fragen: Kann denn überhaupt die ganze Arbeit für die Arbeiterbewegung umsonst geleistet sein? Steht nicht der Sozialismus trotz aller ihn umtobenden Stürme fest da? Warum die Nervosität vor der schwankenden Mitgliederbewegung in Zeiten wirtschaftlicher Depression wie heute? Wie Genosse Leipart in einer der letzten Sitzungen des ADGB. mit Recht hervorhob: Im Ernstfalle würde es sich sehr schnell zeigen, daß die Gewerkschaften und die SPD. immer noch der Fels sind, an dem der Ansturm des Rechts- wie Linkstabilismus zerschellen müßte. Darum: „Hinweg mit der Schwarzseherei! Optimisten an die Front!“ Wilhelm Tschern.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Doppelt eure Anstrengungen! Der Parteivorstand der SPD. erließ am 1. September 1931 folgenden Aufruf:

„Genossinnen und Genossen! Die Reaktion hat am 9. August in Preußen und damit in Deutschland eine Schlacht verloren. Alle Feinde der Republik hatten sich zusammengetan, den entscheidenden Schlag zu führen gegen die unter den roten Fahnen der Sozialdemokratie, der freien Gewerkschaften und Arbeiterpartei kämpfenden Arbeiterklasse. Im trauten Verein mit den ausgesprochenen Arbeiterfeinden marschierten die Kommunisten unter Führung der Thälmann und Konsorten. Schwählicher und erbärmlicher sind noch niemals von einer angeblichen Arbeiterpartei die Interessen der Arbeiterklasse verraten worden, als es bei diesem Volksentscheid der Fall war. — Der Anschlag ist mißlungen. Unabsehbare Verschärfung von Rot und Glend ist abgewendet. Wir haben eine Schlacht gewonnen!

Jetzt gilt es, mit doppelter Begeisterung den Kampf der Vernunft gegen Furcht und Verheerung fortzuführen. Jetzt gilt es, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher der SPD. Gefolgschaft leisteten, aber noch nicht jedes Gefühl von Solidarität, Klassenbewußtsein und Klassenstolz verloren haben, unter der roten Fahne des Sozialismus zu sammeln. Mehr denn je gilt heute die Parole: Wo bleibt der zweite Mann? Die Wirtschaftskrise dauert fort. Rund 4 1/2 Millionen Arbeitslose leiden mit ihren Familien Not. Der Kapitalismus verlagert. Unter dem Deckmantel der „nationalen Selbsthilfe“ und der „Volksgemeinschaft“ bereiten sich die sogenannten Wirtschaftsführer auf einen neuen Schlag gegen die Lebenslage der breiten Schichten vor. Löhne und Gehälter — nicht etwa die der Generaldirektoren — sollen weiter abgebaut, die sozialen „Lasten“ heruntergedrückt, die Steuern für die Besizenden gesenkt werden. Daneben Droßelung der Einfuhr und gesteigerte Ausfuhr zu Schleuderpreisen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, das ist das Programm dieser Wirtschaftsführer“. Seine Verwirklichung würde den Wirtschaftskrieg in allerhöchster Form und damit weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit und des Elends bedeuten. — Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften führen einen solchen Kampf gegen die Vorstöße der Reaktion auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Dabei werden sie von keiner der sogenannten Arbeiterparteien unterstützt. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten und Kommunisten erschöpfen ihre ganze Kraft in einem unsinnigen Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Das ist Arbeit für die Reaktion. Mit diesem Treiben muß endlich Schluß gemacht werden. — Genossinnen und Genossen! Seht euch zur Wehr. Sagt denen, die falschen Propheten folgen, immer wieder: Gebt uns die Mehrheit, damit wir aus kapitalistischer Wirtschaftsanarchie Wirtschaftsordnung machen. Gebt uns die Mehrheit, damit wir eine Politik des Friedens und der Verständigung führen und das Vertrauen der Welt zurückgewinnen können. Stahlhelmparaden, Hitler-Aufmärsche, Drohungen, die Vertreibung des deutschen Volkes mit anderen Staaten zu zerreißen, statt sie in Verhandlungen zu ändern, haben Deutschland um das Vertrauen der ganzen Welt gebracht, haben zu den großen Geldabzügen der ausländischen Banken und zur gesteigerten Kapitalflucht geführt, haben Hunderttausende arbeits-

los gemacht und die Not unerträglich verschärft. Das alles läßt sich nur ändern, wenn wir die Irregulieren auf den Weg der Vernunft zurückführen, wenn wir sie dem Sozialismus gewinnen. Darum heißt unsere Parole: Wo bleibt der zweite Mann? Helft mit, die Partei immer mehr zu stärken, allen Widerständen zum Trotz! — Als wir zu Jahresanfang unseren Mitgliedern zuriefen: „Wo bleibt der zweite Mann?, fanden wir die Zustimmung all derer, denen der Fortschritt der Partei am Herzen liegt. Manche meinten, die gestellte Aufgabe wäre zu gering. Im ganzen Jahr 1931 nur ein einziges neues Mitglied zu werben, schien eine zu bescheidene Aufgabe für einen begeisterten Sozialdemokraten. So zeigen denn auch Mitteilungen aus allen Teilen Deutschlands, daß eifrige Genossinnen und Genossen ein Vielfaches von dem erreichten, was wir im Namen des Sozialismus gefordert haben. Auf der anderen Seite sind noch viele im Rückstand, trotzdem bereits zwei Drittel des Jahres verfloßen sind. All diesen rufen wir wiederum zu:

Wo bleibt der zweite Mann? Wir zählen auf euch! Verdoppelt eure Anstrengungen! Folgt freudig eurem Pflichtgefühl und eurem Gewissen! Schafft uns die Mehrheit! Gebt uns die Macht!

Aus den deutschen Gewerkschaften

Dem Verbandstag der Lithographen und Steindrucker vom 16. bis 19. August 1931 in Erfurt kam besondere Bedeutung bei, denn im April dieses Jahres waren 40 Jahre seit der Gründung der Organisation vergangen. Nachdem der Vorsitzende Haß die Stellung der Organisation zu den schwebenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen in einem großangelegten Referat eingehend behandelt hatte, folgte in einer geschlossenen Sitzung die Diskussion über die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, bekundete der Verbandstag, daß alle Kraft des Verbandes eingesetzt werden muß, um der bisherigen falschen Lohnpolitik der Unternehmer zu begegnen. In dieser außerordentlichen Krisenzeit mußten auch die Unterstützungseinrichtungen der Organisation einer Nachprüfung unterzogen werden. Rühmenswert ist es, daß alle Beschlüsse, die sich auf Satzungsänderungen beziehen, und die eine Verringerung der bisherigen Unterstützungssätze bringen, mit seltener Einmütigkeit gefaßt wurden. Bei der Debatte kam mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Unterstützungseinrichtungen nicht das Primäre sind, sondern daß die gewerkschaftlichen Aufgaben im Vordergrund zu stehen haben. Unter Betonung des Kampfcharakters der Organisation wirken sich alle Beschlüsse des Verbandstages zur Stärkung der Kampfkraft aus. Die Einwirkungen der Rationalisierung und der technischen Fortschritte auf unser Arbeitsverhältnis behandelte Kollege Herbst. Er zeigte, in welcher Weise die Technisierung der Betriebe zu einem nie gekannten Arbeitslosenheer geführt hat. Ist doch die prozentuale Arbeitslosigkeit in der Berichtsperiode von 5 auf über 26 Proz. gestiegen. Die Schwierigkeiten sind um so größer, da die statistischen Erhebungen erkennen lassen, daß die Zahl der Arbeitslosen größer ist als die vorhandenen freien Arbeitsplätze. Der Verbandstag zog aus diesem Referat die einzige Lehre, Einschränkung der Lehrlingszahl und wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Das Vertrauen, das die Delegierten in die Verbandskörperschaften setzten, zeigte sich bei der Wahl der Angestellten. Sämtliche bisher tätigen Angestellten wurden einstimmig wiedergewählt.

RUNDSCHAU

Nationalsozialisten und Gewerkschaften. Ueber den neuen Kurs der Hitlerpartei den Gewerkschaften gegenüber verraten die soeben von der Münchener Parteileitung als „streng vertraulich“ herausgegebenen „Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ folgendes:

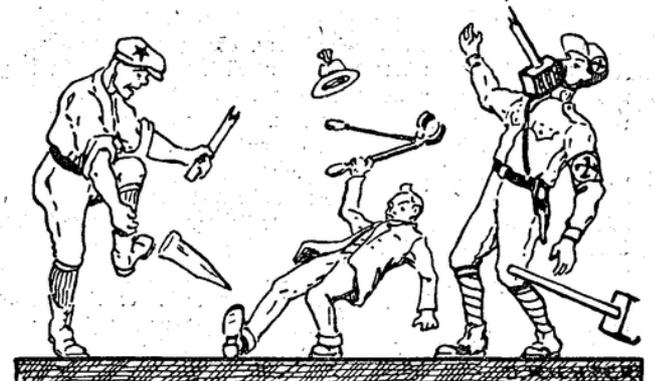
„Für die Werbung ist die Kenntnis der nationalsozialistischen Einstellung zu den Gewerkschaften bedeutsam. Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den freigewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch jedoch muß er den Weg zur NSDAP. finden. — Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen, und die Mitgliedschaften in den Gewerkschaften und der NSDAP. schließen sich nicht aus. — Die parteiamtliche Stellungnahme lautet: Die NSDAP. steht in den nunmehr angeführten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren heutigen gewerkschaftlichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch

verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern. — Im übrigen bietet das Verbleiben in den bestehenden Gewerkschaften, trotz der offenkundigen Mängel, mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeitnehmer auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind.“

Wenn die Gewerkschaften in ihre Reihen aufnehmen und in ihren Reihen dulden, lassen sie sich natürlich nicht von Hitler vorschreiben. Das Verbleiben der Nazis in den Gewerkschaften hängt ganz von ihrem Verhalten ab.

Der Versuch des Dreibundes.

Kozi: Paß auf Bruder Nazi, wenn der Selbe richtig hält, dann schaffen wir's.



Und so wird es gehen, wenn alle Gewerkschaftler ihre Pflicht tun.

Ein Freund der „Gewerkschaft“ sendet uns nachstehendes Silbenrätsel, das wir hiermit den Lesern unserer Zeitschrift zum Lösen übergeben:

Aus den Silben a — a — bahn — bert — bus — chem — da — de — di — e — e — et — et — en — fer — fun — ge — ge — gen — gen — heim — in — in — jek — ka — kra — kup — las — le — le — le — lis — me — mei — ment — ment — mo — mus — na — nih — nos — re — ri — sal — schaft — see — sen — sen — so — tank — tie — ton — tor — wa — west — zt sind 18 Wörter zu bilden, deren Anfangsbuchstaben, von oben nach unten gelesen, einen Aufruf an alle Organisierten ergeben.

Bedeutung der Wörter:

- | | |
|---------------------------------------|--|
| 1. Mitbegründer einer Weltanschauung. | 10. Inselgruppe im Atlantischen Ozean. |
| 2. Verkehrsmittel. | 11. Wunsch eines jeden. |
| 3. Längenmaß. | 12. Rätsel. |
| 4. Fahrender Flüssigkeitsbehälter. | 13. Metall. |
| 5. Volksherrschaft. | 14. Gesellschaftssystem. |
| 6. Teil zum Dampfkessel. | 15. Stadt in Sachsen. |
| 7. Erster Reichspräsident. | 16. Erdteil. |
| 8. Selbsthilfeorganisation. | 17. Sozial wie gründen. |
| 9. Grundstoff. | 18. Rauminhalt. |